

In der Klemme zwischen alten Aversionen und guten Argumenten

Hü oder Hott? Bayern hat in Sachen Ganztagschule kein Konzept und zeigt sich orientierungslos



Die Luitpoldschule bietet die bislang einzige Ganztagsklasse in der Schulstadt Bamberg – und sogar das steht bayernweit noch an der Spitze des Fortschritts.
Foto: Erich Weiß

Der Bund ist hoch verschuldet, alle Ausgaben müssen gut abgewogen werden, und die Politik muss Prioritäten setzen. Mit der Auflage des Investitionsprogramms „Bildung und Betreuung“ hat die rot-grüne Bundesregierung eine solche Priorität gesetzt: 10.000 Ganztagschulen sollen in den Jahren 2003 bis 2007 mit Hilfe von Bundesmitteln eingerichtet werden. Aber das konservative Bayern, das in Sachen Ganztagschule ohnehin Schlusslicht in Deutschland ist, sträubt sich.

Mit dem Investitionsprogramm will Rot-Grün das Land kinder- und familienfreundlicher machen, Müttern und Vätern bessere Berufschancen ermöglichen und neue Lernformen fördern. Damit zieht die Bundesregierung auch Konsequenzen aus dem schlechten Abschneiden der Bundesrepublik bei PISA, dem Internationalen Leistungsvergleich von Schülerinnen. Die meisten der besonders erfolgreichen Länder, z.B. Finnland, Australien und Japan, haben bereits Ganztagschulsysteme – offenbar mit Erfolg. PISA deutet auch darauf hin, dass die Leistung in der Schule bei uns stark von der sozialen Herkunft abhängt. Ganztagschulen können solche sozialen Barrieren abbauen, nicht nur zwischen Reich und Arm, auch zwischen deutschen und ausländischen Kindern. „Kindern aus bildungsfernen Familien mehr Zeit im anregungsreichen Kontext einer Ganztagschule zu bieten“, lautet der etwas bürokratisch formulierte blöbliche Grundsatz.

Fördern will der Bund ebenso offene Angebote (Teilnahme freiwillig, pädagogisches Angebot, aber kein Pflichtunterricht) wie gebundene Angebote (Teilnahme verpflichtend, Regelunterricht am Nachmittag).

Dass der Bedarf für mehr

Schule am Nachmittag da ist, zeigt auch eine Umfrage von infratest dimap im März 2001. Demzufolge wünschen sich ca. 86% der Eltern in Bayern, dass an den Schulen mehr Betreuungsangebote bereit gestellt werden.

4 Mrd Euro in vier Jahren

Ein Engagement des Bundes in Sachen Schulpolitik ist äußerst ungewöhnlich – denn zuständig sind eigentlich die Bundesländer, die auch entsprechend skeptisch jeden bargewöhnen, der sich in ihre Kompetenzen einmischt.

Mit den Zuschüssen in Höhe von insgesamt 4 Mrd Euro in vier Jahren hofft die Bundesregierung jedoch, deutschlandweit die Ganztagschule anschieben zu können. Fördermittel gibt es für die investiven Kosten, das heißt z.B. dort wo Schulen für einen Ganztagsbetrieb ausgebaut werden (Kücheneinrichtung, Anbau, Ausstattung etc.). Hier übernimmt der Bund 90% der Kosten, den Ländern fallen die restlichen 10% zu. Daneben haben die Länder allerdings noch die zusätzlichen Personalkosten zu tragen.

Der Freistaat Bayern soll rund 600 Mio Euro bekommen. Aber die Begeisterung hierzuland

de hält sich in Grenzen. Angeführt von zwei bayerischen Abgeordneten startete die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gleich im Mai 2003 eine „kleine Anfrage“ an die Bundesregierung. Darin hieß es u.a.: „Auf welche Kompetenznorm des Grundgesetzes stützt Bundeskanzler Gerhard Schröder die Ankündigung, bis 2007 u.a. 10.000 Ganztageschulen zu finanzieren?“ Will heißen, man verwahrt sich gegen jegliche Einmischung in Länderangelegenheiten, auch wenn's ein gutes Geldangebot ist.

Bayern machte auch gleich klar, dass das Land den 10%-Anteil des Investitionsprogramms nicht übernehmen wird, sondern die finanzgebundenen Kommunen oder privaten Schulträger dafür aufkommen müssen. Und was die Kosten für zusätzliches Personal am Nachmittag angeht, hat die bayerische Staatsregierung bisher auch nicht eben mit dem Füllhorn geschwenkt.

Ganz anders zum Beispiel Hessen. Nach Auskünften des deutschen Ganztagschulverbands wurden dort bis Mitte Juni im Rahmen des Bundesprogramms bereits 65 Anträge auf neue Ganztagschulen bzw. den Ausbau bestehender Schulen gestellt und genehmigt.

Bayern ist Schlusslicht

Was Ganztagschulen angeht, ist Bayern ohnehin Schlusslicht. Laut Aufstellung der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder hat Bayern, gemessen an der Bevölkerungszahl, die schlechteste Bilanz aller Bundesländer: nur 23 Ganztagschulen gibt es hier im lau-

fenden Schuljahr. Davon übrigens eine in Bamberg: an der Luitpoldschule wurde 2002/2003 erstmals eine fünfte Klasse in Ganztagsversion eingerichtet. Demgegenüber hält Nordrhein-Westfalen 635 Ganztagschulen vor, Baden-Württemberg 390, und sogar der Stadtstaat Hamburg übertrifft mit 49 noch das bayerische Angebot.

Schulministerin von Realität weit entfernt

Umso verblüffter ist man, wenn man sich auf den Internetseiten der bayerischen Schulministerin Monika Hohlmeier über Ganztagschulen informiert. Was dort als offizieller Standpunkt des Ministeriums zu lesen ist, liegt meilenweit entfernt von der bayerischen Realität: „Die Ganztagschule ist bildungspolitisch begründet. Sie soll besondere Bildungsangebote unterbreiten. Die zusätzlichen unterrichtlichen Angebote und Fördermaßnahmen beinhalten z. B. mehr Unterrichtsstunden in Deutsch und Mathematik, Hausaufgabenhilfen, mehr Zeit für interkulturelles Lernen, spezielles Sozial- und Kommunikationstraining sowie mehr Lernzeit für Schülerinnen und Schüler mit hohen Lerndefiziten. Ganztagschulen können jedoch auch eingerichtet werden, um z. B. besonders begabte Schülerinnen und Schüler, talentierte Sportler etc. speziell zu fördern.“

Eigentlich müsste Frau Hohlmeier doch vom rot-grünen Investitionsprogramm hellauf begeistert sein, oder? Na, also! Dann mal zu!

Verhungernde Mittagsbetreuung

Das Hohlmeier-Projekt „Verlässliche Halbtagschule“ leidet an Unsicherheiten, zu wenig Geld und mangelnder Unterstützung durch die bayerische Regierung

Was die bayerische Schulministerin Monika Hohlmeier ganztagschulpolitisch bisher auf die Beine gestellt hat, ist alles andere als üppig: Im Schuljahr 1999/2000 führte sie mit großem Tamtam die sogenannte „verlässliche Halbtagschule“ in Grundschulen ein, die eine Betreuung der Kinder bis mindestens 13 Uhr garantieren sollte. Für jede Gruppe ab 12 Kindern stellte sie 3.300 Euro pro Schuljahr zur Verfügung – das war's dann. Organisieren, Personal einstellen, Mittagessen vorhalten, Raum suchen – all das durften die Eltern/Täger selbst erledigen.

In Bamberg kamen tatsächlich 5 Mittagsbetreuungsgruppen zustande, die je nach Schule von der AWO (Rupprechtsschule mit 16 Kindern und Gangolfsschule mit 12 Kindern), einer kirchlichen Stiftung (Domschule mit 13 Kindern), dem Stadtjugendring (Gaustadter Schule mit 12 Kindern) und einem extra gegründeten Elternverein (Hainschule mit 26 Kindern) getragen werden. Zufrieden zeigt sich niemand mit der Situation. Der Zuschuss ist viel zu gering, um für die Ausstattung eines Raums und gute Beschäftigungsmöglichkeiten zu sorgen, dazu noch zwei bis drei Erzieherinnen angemessen zu bezahlen.

Finanziert werden die anfallenden Kosten hauptsächlich

durch die Beiträge der Eltern. In der Hainschule beispielsweise haben die Eltern je nach Betreuungszeiten zwischen 11 und 15 Uhr durchschnittlich 50 Euro pro Monat zu berappen. Über diese Elternbeiträge muss der Verein damit fast noch einmal das Fünffache des staatlichen Zuschussbetrags aufbringen, um eine Halbtagskraft und zwei geringfügig Beschäftigte entlohnen zu können. Den Raum hat die Schule immerhin kostenfrei zur Verfügung gestellt, aber sollte es in den nächsten Jahren eine Klasse mehr geben, die den Raum als Klassenzimmer braucht, kommt der Verein in die Bredouille.

Besonders wird die unsichere Situation bei diesem System der Mittagsbetreuung beklagt. Die Erzieherinnen können zu meist nur mit geringfügigen und befristeten Arbeitsverträgen angestellt werden, weil keiner abzuschätzen vermag, wie es im nächsten Jahr weiter geht. Das Raumproblem stellt sich jedes Jahr neu. Auch der Bedarf kann sich natürlich jedes Jahr ändern, so dass man unter die Zuschussgrenze fallen kann und dann noch mehr finanziellen Eigenanteil leisten muss. Deshalb gehen die Forderungen dahin, das Angebot in den normalen Schulbetrieb zu übernehmen, Personal, Raum und Essensangebot fest zuzusichern.

Streifenpullis und Kugellampen

„Der Geschmack von Freiheit und Abenteuer“ – Kennen Sie ihn noch, diesen Werbeslogan für Zigaretten? Längst aus dem öffentlichen Stadtbild verschwunden. Nicht aber aus den Schulbüchern, die aktuell an Bamberger Schulen als Lehrmaterial zur Verfügung gestellt werden. Auf unseren Wettbewerb „Wer bringt uns das älteste Schulbuch Bambergs?“ in der gaz Nr. 60 bekamen wir als Siegerexemplar ein Lehrbuch „Wirtschafts- und Rechtslehre“ aus dem Jahr 1979, verwendet in einer 8. Klasse am Dientzenhofer-Gymnasium.

Flottes Lehrmaterial ist da geboten: Der Taschengeldbedarf eines Schülers beträgt 10 DM, wobei seine wöchentlichen Ausgaben für Schreibwaren 50 Pfennige nicht überschreiten und er ein Pausengetränk für 60 Pfennige erwerben kann. Eine Packung Zigaretten kostet in diesen Unterrichtsstunden noch 3 DM und die Industrie ist in der von jeglichen Wiedervereinigungstendenzen weit entfernten Bundesrepublik Deutschland noch immer der wichtigste Produktionsbereich mit einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 56%.

Man findet in dem Buch, das bereits im 17. Einsatz(schul)jahr ist, nostalgisch anmutende Aufstellungen mit Währungen, die längst der Vergangenheit angehören, uralte Scheckvordrucke und Überweisungsformulare sowie Adressenlisten von Verbraucherberatungsstellen (noch alte Postleitzahlen), die jeden Postzusteller zur Verzweiflung brächten. Nett auch die bildhafte Präsentation der Gebrauchsgüter: Knallfarbige Streifenpullis, karierte bezogene Stühle, dunkelbraun-klobiges Kaffeegeschirr und quietsch-orange Kugellampen.

GAL-Tipp an die Schule: Noch ein paar Jahrzehnte warten und dann als Quelle im Geschichtsunterricht verwenden. GAL-Tipp an den für die Schulausstattung verantwortlichen Stadtrat: Über das Lehrmaterial-Angebot sollte man sich vielleicht mal Gedanken machen ...